

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Ingo Egloff, Burkhard Lischka, Sebastian Edathy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/9976 (neu) –

Genossenschaftsgründungen erleichtern, Wohnungsgenossenschaften stärken, bewährtes Prüfsystem erhalten

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Johanna Voß, Dr. Kirsten Tackmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/11828 –

Genossenschaften aktiv fördern, Mitgliedschaft erleichtern und unterstützen

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Beate Walter-Rosenheimer, Ingrid Hönlinger, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/11579 –

Kleine und Kleinstgenossenschaften stärken, Bürokratie abbauen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Nach Auffassung der Antragsteller werden in Deutschland zu wenige Genossenschaften gegründet, obwohl die Rechtsform der Genossenschaft ein großes Potenzial für gemeinschaftliche Existenzgründungen bietet. Die geringe Attraktivität der Rechtsform der Genossenschaft für Gründungsinitiativen sei darauf zurückzuführen, dass die Genossenschaft vergleichsweise hohe Rechtsformkosten mit sich bringe, mit erheblichem Aufwand verbunden sei, Programme zur Gründungsförderung nicht auf Genossenschaften zugeschnitten seien und dass es für Genossenschaften schwierig geworden sei, Kredite ihrer Mitglieder aufzunehmen.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Genossenschaftsgesetzes (GenG) vorzulegen, mit dem im Wesentlichen eine neue Gruppe sogenannter Kleinstgenossenschaften eingeführt, der Schutz von Mitgliedern von Wohnungsgenossenschaften im Fall der Privatinsolvenz verbessert, Genossenschaften bei Wirtschafts- und Arbeitsförderprogrammen nicht schlechter als Kapitalgesellschaften behandelt und die Möglichkeit von Genossenschaften, zur Finanzierung des Genossenschaftsbetriebes Kredite ihrer Mitglieder aufzunehmen, verbessert werden sollen. Ferner sollen der Bundesregierung bestimmte Prüfaufträge erteilt und sie soll aufgefordert werden, sich bei der Europäischen Kommission für bestimmte, die Rechtsform der Genossenschaft stärkende Maßnahmen einzusetzen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller konstatieren, dass sich neue Genossenschaften trotz der allgemein anerkannten Potenziale von Genossenschaften und ihrer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz seit Jahren nicht in ausreichender Zahl und Breite entwickelten. Die Gründe hierfür lägen unter anderem in aufwendigen und kostenträchtigen Gründungsprüfungen sowie ständig wiederkehrenden Pflichtprüfungen, unzureichenden Fördermöglichkeiten und Finanzierungsquellen sowie mangelnder Vermittlung von Kenntnissen über die Genossenschaft in der schulischen, beruflichen und universitären Bildung. Die von den Antragstellern festgestellte Benachteiligung von Genossenschaften müsse vom Gesetzgeber aufgehoben und von einer angemessenen und sachdienlichen Förderkultur abgelöst werden.

Der Bundesregierung soll zu verschiedenen Maßnahmen einschließlich der Vorlage von Gesetzentwürfen aufgefordert werden. Unter anderem sollten die Benachteiligungen von Genossenschaften beseitigt, die organschaftlichen Regelungen zur Genossenschaft novelliert, die Kreditaufnahme erleichtert, Genossenschaftsanteile im Fall einer Privatinsolvenz besser geschützt sowie besondere Steuer- und Finanzierungsmöglichkeiten entwickelt werden.

Zu Buchstabe c

Die Antragsteller zielen auf eine Feststellung des Deutschen Bundestages, wonach Genossenschaften dazu dienen, die wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Belange ihrer Mitglieder zu fördern. Wie keine andere Rechtsform böten genossenschaftliche Unternehmen die Möglichkeit der Mitwirkung und Mitgestaltung. Trotz stabiler und attraktiver Voraussetzungen sei die Zahl der Genossenschaftsgründungen seit der Reform des Genossenschaftsgesetzes im Jahr 2006 nur moderat angestiegen. Gründe hierfür seien die zum Teil kostspieligen Pflichtprüfungen, vor allem für Kleinstgenossenschaften, die fehlende Möglichkeit, Kredite von Mitgliedern zur Eigenkapitalaufstockung aufzunehmen sowie die Benachteiligung bei Wirtschafts- und Arbeitsförderprogrammen.

Die Bundesregierung soll im Wesentlichen aufgefordert werden, die Kategorie der Kleinstgenossenschaften in das GenG einzuführen, die Regelungen zur Pflichtprüfung für kleine Genossenschaften zu verbessern, die Haftungsregelungen für ehrenamtliche Vorstände zu novellieren, die Förder- und Kreditfinanzierungsmöglichkeiten für Genossenschaften anzupassen sowie bestimmte, speziell Wohnungsbaugesellschaften zu Gute kommende Maßnahmen zu erlassen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9976 (neu) mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11828 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11579 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Jeweils Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/9976 (neu) abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/11828 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 17/11579 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2013

Der Rechtsausschuss

Halina Wawzyniak
Stellvertretende Vorsitzende
und Berichterstatterin

Dr. Stephan Harbarth
Berichterstatter

Ingo Egloff
Berichterstatter

Marco Buschmann
Berichterstatter

Ingrid Hönlinger
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Stephan Harbarth, Ingo Egloff, Marco Buschmann, Halina Wawzyniak und Ingrid Hönlinger

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/9976 (neu)** in seiner 215. Sitzung am 14. Dezember 2012 beraten und an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/11828** in seiner 215. Sitzung am 14. Dezember 2012 beraten und an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/11579** in seiner 215. Sitzung am 14. Dezember 2012 beraten und an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/9976 (neu) in seiner 144. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 17/9976 (neu) in seiner 108. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage auf Drucksache 17/9976 (neu) in seiner 138. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/9976 (neu) in seiner

107. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 17/9976 (neu) in seiner 90. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 17/11828 in seiner 108. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 17/11828 in seiner 96. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage auf Drucksache 17/11828 in seiner 138. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/11828 in seiner 107. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Zu Buchstabe c

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/11579 in seiner 125. Sitzung am 20. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 17/11579 in seiner 108. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/11579 in seiner 94. Sitzung am 20. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 179976 (neu) in seiner 139. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen

SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11828 in seiner 139. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11579 in seiner 117. Sitzung am 20. Februar 2013 anberaten und in seiner 139. Sitzung am 12. Juni 2013 abschließend beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Berlin, den 12. Juni 2013

Dr. Stephan Harbarth
Berichtersteller

Ingo Egloff
Berichtersteller

Marco Buschmann
Berichtersteller

Halina Wawzyniak
Berichterstatteerin

Ingrid Hönlinger
Berichterstatteerin

